

21. November 2016, 18:56 Populismus

## Aus Scham wird Rache

**Der Populismus erobert das Terrain der Linken. Denn das linksliberale Milieu kämpft gegen Diskriminierung - aber nicht mehr für die Interessen der unteren Schichten.**

*Von Sighard Neckel*

Vor neunzehn Jahren hat ein großer Liberaler mit bestürzender Genauigkeit prognostiziert, was dieser Tage offenbar Wirklichkeit wird. Am 14. November 1997 publizierte die Wochenzeitung *Die Zeit* einen langen Artikel von Lord Ralf Dahrendorf, der sich darin mit den sozialen Folgen der Globalisierung befasste. Seine Voraussagen brachte er auf die Überschrift, dass wir uns "an der Schwelle zum autoritären Jahrhundert" befänden.

Damals herrscht eine allgemeine Globalisierungseuphorie. Mitten in dieser Stimmung rechnete Dahrendorf die gesellschaftlichen Kosten des weltweit geöffneten Wettbewerbs durch und auch, wer sie voraussichtlich zu zahlen hätte. Zwar würde die Globalisierung für ungezählte Millionen Menschen neue Lebenschancen eröffnen; der Preis dafür allerdings sei, dass die drei tragenden Säulen, denen moderne Gesellschaften ihren sozialen Zusammenhalt verdanken - Wirtschaftswachstum, Demokratie und Sozialpolitik -, dem globalen Druck nicht länger gemeinsam standhalten würden.

Ökonomisches Wachstum, so Dahrendorf, sei unter Globalisierungsbedingungen nur durch die Senkung von Arbeitskosten, Reduzierung sozialer Anrechte und Privatisierung öffentlicher Güter denkbar, was die gesellschaftliche Solidarität zersetze. Auf ihr beruhten die Institutionen der Demokratie, die de facto gegen die "konsequenzlose Kommunikation zwischen atomisierten Individuen" ausgetauscht würden - das schrieb Dahrendorf, obgleich er das Zeitalter der sozialen Netzwerke und ihrer disparaten Echokammern noch gar nicht kannte.

Die "perverse Konsequenz" der erbarmungslosen Globalisierung sei die Ausbreitung einer politischen Reaktion, die Ralf Dahrendorf in Aufnahme einer französischen Wortschöpfung als "Integrismus" bezeichnete. Gemeint war der häufig gewaltsame Versuch, die aufgebrochenen Gegensätze durch eine ideologische Anrufung der fiktiven Einheit des einfachen Volkes zu überwinden. Heute nennt man das Populismus. "Ein Jahrhundert des Autoritarismus", so schlussfolgerte Dahrendorf, "ist keineswegs die unwahrscheinlichste Prognose für das 21. Jahrhundert."

### Die Risiken einer Klassengesellschaft

Wenige Jahre nach diesen düsteren Vorahnungen übernahm es in Deutschland eine sozialdemokratisch geführte Regierung, mit der Agenda 2010 die Axt an jene Solidarität zu legen, deren Aufrechterhaltung Dahrendorfs politische Sorge galt. Auf die Deregulierung der Arbeitsmärkte und die Entfesselung der Finanzindustrie folgte eine Auflösung bestehender sozialer und politischer Bindungen quer durch die Gesellschaftsschichten hindurch. In den USA lieferten sich die Demokraten unter Bill Clinton politisch der Wall Street aus.

In Großbritannien machte sich Labour zum Bannerträger globaler Märkte, die zugleich die Erwerbschancen ihrer angestammten Milieus ruinierten. Nicht anders in Skandinavien, Benelux und letztlich Frankreich, nachdem auch dort die Sozialisten zu Fürsprechern von Reformen wurden, die ihre bisherige Wählerschaft nur als Bedrohung ihrer Arbeitsplätze und ihrer Existenzweisen auffassen konnten.



**Sighard Neckel**, Jahrgang 1956, ist Professor für Gesellschaftsanalyse und sozialen Wandel an der Universität Hamburg.  
(Foto: Ziko van Dijk)

Dahrendorf war ein Liberaler, der um die Risiken einer Klassengesellschaft wusste. Deshalb scheute er sich nicht, für eine politische Programmatik einzutreten, die sich gemeinhin mit der politischen Linken verbindet. Die Linke hingegen hat sich seit der Jahrtausendwende weitgehend in eine Spielart des Liberalismus verwandelt, der die sozialen Themen der Klassengesellschaft vielfach abhandengekommen sind.

In seinem wichtigen Buch "Die Gesellschaft der Gleichen" hat der französische Historiker Pierre Rosanvallon (*siehe SZ vom 13. November*) auf die heutige Krise der Gleichheit aufmerksam gemacht. Sie geht auf eine gegenläufige Entwicklung zweier unterschiedlicher Erscheinungsformen von Ungleichheit zurück. Während Ungleichheit aufgrund von Diskriminierung die Welt unserer sozialen Beziehungen in Anerkennung und Missachtung aufteilt, schafft die Ungleichheit der Verteilung eine Rangordnung der wirtschaftlichen Starken und Schwachen.

Die zum Liberalismus gewandelte Linke hat sich in den letzten zwei Jahrzehnten vor allem gegen das Übel der Diskriminierung engagiert. Währenddessen nahm die wirtschaftliche Ungleichheit ungebremszt zu. Der Kampf um Anerkennung wurde vielfach gewonnen, der Kampf um Umverteilung hingegen ging weitgehend verloren, sofern er von der Linken denn überhaupt noch aufgenommen worden ist.

Heute sind es von den USA bis Deutschland, von Schweden bis Österreich die wirtschaftlichen Verlierer der Globalisierung, die jenes autoritäre Jahrhundert anbrechen lassen, vor dem Dahrendorf gewarnt hatte. Das heißt nicht, dass nicht auch andere Sozialschichten den Autoritarismus tragen. Aber ohne die Bevölkerungsgruppen ohne gutes Einkommen und höhere Bildung könnte der Rechtspopulismus seine Einheitsideologie des Volkes kaum zu politischen Mehrheiten führen. Donald Trump wäre, das ist inzwischen allgemein bekannt, nicht zum nächsten US-Präsidenten gewählt worden, wenn nicht die Demokraten Pennsylvania, Ohio, Michigan und Wisconsin verloren hätten.

Wie ein Verhängnis negativer Gleichmacherei hat sich überall in den westlichen Ländern dasselbe Verteilungsmuster eingestellt. Der frühere Ökonom der Weltbank Branko Milanović hat in seiner Studie "Die ungleiche Welt" jüngst eindrucksvoll dokumentiert, dass es die Arbeiterschaft und die unteren Mittelschichten in den reichen Mitgliedsländern der OECD sind, die durch die Globalisierung an Wohlstand und Sicherheit eingebüßt haben.

In Cleveland nicht anders als in Perpignan, Leeds oder Mannheim stagnierten danach zwischen 1988 und 2008 die Einkommen der unteren fünfzig Prozent der Haushalte, während sich die reichsten fünf Prozent die Hälfte aller Einkommensgewinne aneignen konnten. An der Spitze entstand eine neue Klasse globaler Plutokraten, deren neofeudaler Reichtum unfassbare Dimensionen angenommen hat: Die 1400 reichsten Menschen dieser Erde besitzen heute doppelt so viel wie der gesamte afrikanische Kontinent.

### **Die Leute führen über jede Kränkung Buch**

In Deutschland wuchsen die Einkommen aus Vermögen und aus unternehmerischer Tätigkeit seit dem Jahr 2000 um dreißig Prozent, die durchschnittlichen Arbeitseinkommen um fünf Prozent. Davon kam bei den unteren Einkommensgruppen so gut wie nichts an, die seit der Agenda-Politik zudem den Risiken prekärer Beschäftigung ausgesetzt wurden. Bei ihnen sorgen allenfalls staatliche Ersatzleistungen dafür, dass die fallenden Markteinkommen nicht zu einer noch größeren Zunahme von Ungleichheit führen.

In Ostdeutschland etwa erhalten knapp vierzig Prozent aller Haushalte mindestens die Hälfte ihres Einkommens über staatliche Transferleistungen. Genau diese Abhängigkeit von den Zuwendungen aus öffentlichen Kassen ist es, die den gesellschaftlichen Konkurrenzkampf darüber anheizt, wer zur staatlichen Unterstützung berechtigt ist und wem dies versagt werden sollte. Es ist daher nicht überraschend, dass der Rechtspopulismus überall dort in den unteren Einkommensschichten Erfolge erzielt, wo er Migranten und Flüchtlinge zu unliebsamen Nutznießern staatlicher Wohlfahrt stilisiert und ihnen als leibhaftigen Repräsentanten des weltweiten Wandels die Verwerfungen der Globalisierung als Sündenböcken anzudichten vermag.

Der "soziale Separatismus" (Milanović), der sich seit zwei Jahrzehnten ausgebreitet hat, lädt die wenig begüterten Schichten dazu ein, ihr Ressentiment darauf zu richten, dass öffentlich designierte Opfer von Diskriminierung scheinbar bevorteilt werden, während sie selbst zurückstehen müssen. Tatsächlich verliefen der Abbau von Diskriminierung und die Zunahme der Einkommensungleichheit zwar parallel; doch wie so häufig besteht zwischen gleichzeitigen Entwicklungen nicht per se schon ein kausaler Zusammenhang. Überdies profitieren von Diskriminierungsverboten auch die Löhne der Frauen an den Supermarktkassen und ebenso deren Söhne, wenn sie mit ihrer sexuellen Orientierung hadern oder sich in eine Dunkelhäutige verlieben.

Die Einladung zum Ressentiment, die heute von autoritären, völkischen bis offen faschistischen Parteien und Politikern ausgeht, wird aber nur deswegen so häufig von den unteren Schichten angenommen, weil das linksliberale Milieu der wachsenden Ungleichheit nur hilflos bis desinteressiert gegenübersteht. Mit seinem Engagement für die Identitätspolitik schien es den sozialen Separatismus nur noch um weitere Formen von Besonderung zu erweitern. Dadurch ist politisch eine Repräsentationslücke entstanden, die vom Rechtspopulismus umso erfolgreicher ausgefüllt werden kann, als die linksliberale Politik keine Klasseninteressen mehr kennt.

Im Kollektivbewusstsein der Benachteiligten hat sich zudem das Gefühl einer kulturellen Entfremdung verbreitet, das sich von seiner öffentlichen Geringschätzung immerfort bestätigt sieht. Den Kern dieser Wirklichkeitskonstruktion hat in ihrem aufsehenerregenden Buch "Strangers in Their Own Land" die Emotionssoziologin Arlie Russell Hochschild entschlüsselt. Auf der Suche nach einer Erklärung für die Wut der amerikanischen Rechten hat sie sich fünf Jahre zur Feldforschung nach Louisiana begeben, in einen der ärmsten Staaten der USA mit besonders hoher finanzieller Abhängigkeit von der Zentralregierung, wo Trump am 8. November mit 58 Prozent der Stimmen gewann.

In der Vorstellungswelt der rechten Wähler entdeckte sie ein "emotional accounting system", ein Haushaltsbuch der Gefühle, das penibel Buch führe über die

Kränkungen, die man meine erlitten zu haben, weil andere vermeintlich bevorzugt wurden. Besonders provozierend wirkten dabei öffentliche Forderungen nach Mitgefühl für Einwanderer, Flüchtlinge und Außenseiter, während der eigene Stolz kaum noch gezeigt werden dürfe. Trump hat dieses Milieu von seiner Beschämung befreit.

Die Mission der politischen Linken kann es nun nicht sein, von einer Scham zu entlasten, nur damit sie sich dann wieder auf andere richtet. Aber es braucht ein erneuertes Verständnis für soziale Bündnisse, damit die uneingestandene Scham der einen sich nicht in Wut und Rachegefühle verwandelt und die offen gezeigte Selbstgewissheit anderer nicht in Hochnäsigkeit.

**URL:** <http://www.sueddeutsche.de/kultur/populismus-aus-scham-wird-rache-1.3259210>

**Copyright:** Süddeutsche Zeitung Digitale Medien GmbH / Süddeutsche Zeitung GmbH

**Quelle:** SZ vom 22.11.2016

Jegliche Veröffentlichung und nicht-private Nutzung exklusiv über Süddeutsche Zeitung Content. Bitte senden Sie Ihre Nutzungsanfrage an [syndication@sueddeutsche.de](mailto:syndication@sueddeutsche.de).